

Kurzbericht

Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr (39. - öffentliche - Sitzung am 28. November 2014)

Beratungsthemen:

1. **Unterrichtung durch die Landesregierung über die stufenweise Inbetriebnahme der A 26**

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

2. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Architektengesetzes und anderer Gesetze**

Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 17/1674](#)

Dem Ausschuss lag ein Änderungsvorschlag der Fraktionen von SPD und GRÜNEN vor, der als Vorlage 1 in die Gesetzesmaterialiensammlung eingegangen ist. Nachdem die Oppositionsfraktionen die zu kurzfristige Vorlage des Änderungsvorschlages der Koalitionsfraktionen kritisiert hatten, beschloss der Ausschuss einvernehmlich, die Beratung des Gesetzentwurfes in der Sitzung am 5. Dezember 2014 durchzuführen und abzuschließen. Der Ausschuss bat den Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen, die Mitberatung parallel durchzuführen, damit der Gesetzentwurf im Dezember-Plenum abschließend beraten werden kann.

3. **Netzland Niedersachsen: Breitbandausbau gemeinsam voranbringen**

Antrag der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion der FDP - [Drs. 17/2392](#)

Der Ausschuss führte die Mitberatung durch. Er schloss sich einvernehmlich der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten, Medien und Regionalentwicklung an das Plenum des Landtags an, den Antrag unverändert anzunehmen.

4. **Verschiedenes**

a) *Dem Ausschuss lag mit Schreiben der Fraktionen von CDU und FDP vom 19. November 2014 deren Aktenvorlagebegehren betreffend Delegationsreisen der Landesregierung in die Türkei und in die Volksrepublik China sowie die Vorbereitungen von Antworten zu Anfragen mit Bezug auf Delegationsreisen vor. Das für ein Aktenvorlagebegehren erforderliche Quorum von mindestens einem Fünftel der Ausschussmitglieder wurde erreicht.*

b) *Der Ausschuss kam überein, am 17. April 2015 die Hannover-Messe zu besuchen.*

c) *Der Ausschuss vereinbarte, dass der am 9. Januar 2015 terminierte Gesprächstermin mit der LAG Werkstätten für behinderte Menschen Niedersachsen den Zeitrahmen von 90 Minuten nicht überschreiten soll. Gesprächswünsche seitens des Ausschusses sollen rechtzeitig direkt der Landtagsverwaltung mitgeteilt werden.*